

21. VIII. 1919

168

Arbeiterrat und Ernährungspolitik.

Der Wiener Kreisarbeiterrat hat gestern der Regierung das Programm ihrer Ernährungspolitik vorgelegt. Die Arbeiterräte sind nach ihren Statuten Parteiorganisationen und es wäre nichts dagegen zu sagen, daß die sozialistischen Regierungsmitglieder sich vor ihren Organisationen über ihre Absichten äußern. Es ist aber äußerst bedenklich und reimt sich mit der vor acht Tagen verkündeten demokratischen Republik unmöglich, daß umgekehrt die Arbeiterräte der Regierung die Marschroute vorschreiben, die natürlich über die Interessen der nichtsozialistischen Staatsbürger einfach hinweggeht. Eine Parteiorganisation kann nicht einfach beanspruchen, allein die Konsumenteninteressen zu vertreten; denn es gibt gottlob noch immer auch nichtsozialistische Arbeiter, es sind ferner auch die Gewerbetreibenden, Fixangestellten, freien Berufskonsumenten — soweit ihr schlaffer Beutel dies zuläßt — ohne in den Arbeiterräten nennenswert vertreten zu sein. Die Arbeiterräte lehnen aber die Mitarbeit der Organisationen aller anderen Stände, soweit sie sich nicht unter die sozialistische Parteifuchtel begeben, auch bei den ernährungspolitischen Maßnahmen glattweg ab und daraus ergeben sich Zustände, daß z. B. bei einem und demselben Kommunalbetriebe die Mitglieder der sozialdemokratischen Organisation mit beträchtlichen Zubußen bestraft werden, welche die Gemeinde auf Stadtkosten, also auch aus dem Säckel der „Bourgeois“-Steuerträger beschafft, während die nicht sozialdemokratisch organisierten Angestellten leer ausgehen. Die Folge einer solchen Partei-Wirtschaftsorganisation müßte letzten Endes nur die Fortsetzung der bisherigen Ungleichheiten in der Versorgung sein; Ungerechtigkeit bleibt Ungerechtigkeit, auch wenn man sie umkehrt. In dem Berichte, der dem Kreisarbeiterrat vorgelegt wurde, wurde nun erklärt, die Bürgerräte seien in der Ernährungspolitik auszuschalten, weil diese Kreise den Schleichhandel betreiben; der Referent selbst hat aber zur Begründung des Rückfahverbotes angeführt, daß dadurch den Arbeitslosen, die nicht arbeiten wollen, die Gelegenheit zum Schleichhandel genommen werden soll, und wer die Revolution infolge des Verbotes, von dem der Referent sprach, hervorgerufen hat, das haben die Arbeiterräte auf den Wiener Bahnhöfen am eigenen Leibe verspürt.

Trotz dieser hartnäckig behaupteten, einseitigen Zusammenfassung und Wirkjamkeit verlangen die Arbeiterräte nun eine „Finanzierung“ ihrer Tätigkeit aus Staatsmitteln und, um zu beweisen, daß ihre „Arbeit keine parteipolitische ist, sondern der ganzen Bevölkerung zugutekommt“, haben sie Richtlinien für die Ernährungspolitik zusammengestellt und den Behörden vorgelegt, in denen verlangt wird: Einsetzung einer Kriegswucherkommission in Wien, die aus dem Bürgermeister oder einem von ihm bestimmten Gemeindefunktionär als Vorsitzenden, sechs Vertretern des Kreisarbeiterrates und fünf Vertretern der verschiedenen Behörden bestehen wird. Dieser Stelle im Rathaus sollen Bezirksstellen untergeordnet werden, deren jede aus drei oder vier Arbeiterräten und einem öffentlichen Beamten bestehen werden. Das Kriegswucheramt bleibe bestehen und werde gleichsam die Oberbehörde bilden. — Die Kommission hätte also, was die nicht-beamteten Vertreter betrifft, rein parteimäßigen Charakter. Ind der Referent fügte denn auch ganz klar hinzu: „Der Staat hat nicht mehr allein die Exekutivgewalt, die Arbeiterräte müssen ihn unterstützen.“

In den letzten Tagen sind von Seite der christlich-sozialen Regierungsmitglieder sehr ernste Warnungen an die Arbeiterräte gerichtet worden, die Annahmung staatlicher Befugnisse aufzugeben. Man hat drüben diese Rufe wohl noch nicht genug verstanden. Immerhin erwiderte der Staatssekretär des Innern Eidersch ganz deutlich, die Arbeiterräte sollen Hilfsorgane der Behörden sein und fügte hinzu:

Es ist zu bemerken, daß daraufhin fast sämtliche Redner gegen Staatssekretär Eidersch polemisierten, der jedoch von dem Vertreter der Leopoldstadt und von der Frau-Abg. Freundlich unterstützt wurde.

Wißt im roten Hause.

Wir erhalten von einer uns parteimäßig nicht nahe-
liegenden Seite folgende Nachricht, die wir nur als Bei-
trag zu dem allgemeinen Stimmungsbilde wiedergeben:

In den Beziehungen zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten haben sich in Deutschösterreich seit dem Umsturz in Ungarn merkwürdige Veränderungen eingestellt. Die mit großem Tamtam verkündete „Einheitsfront des Proletariats“ wird sabotiert. An Stelle des Einverständnisses, wie es bei den vertraulichen Besprechungen betont wurde, ist rücksichtsloser Parteiterror getreten. Die Kommunisten werden jetzt auch vor ihren ehemaligen Verbündeten angegriffen. Am rühmlichsten zeigt sich dabei die Frey-Fischer-Gruppe. Diese ehrgeizigen Umsturzkonduktiere, die durch Monate von lumbesogennschaftlicher Nüchternheit überflossen, um gegebenenfalls mit beiden Füßen ins Rätelager zu springen, — hierüber stehen Beweise zur Verfügung — haben ihre politische Neuorientierung vollzogen. Der gewesene tschechische Großbourgeois Frey verlor zwar noch am Donnerstag, den 14. d., Tränen über das Unglück der Bolschewiken in Budapest-Ungarn, was ihn jedoch nicht hinderte, noch am selben Tage Vertrauensmännern der Wiener Kommunisten gewisse Stellen aus dem „Götter von Berlin“ drastisch vorzuführen. So wie er seine Anhänger abgerichtet hatte, bei der Parade vor dem Parlamente das Responsorium über die Habsburger zu sprechen, so hatte dieser ehemalige Habsburgergegendarm auch den würdigen Einsatz, sich für seine Angriffe gegen die Kommunisten eine Terrorleitgarde sicherzustellen. Als die Vertrauensmänner der Kommunisten dem Herrn Dr. Frey ihre Meinung heraus sagten, brach auf ein Zeichen Freys ein wohl vorbereiteter Entrüstungssturm aus den Reihen der anwesenden Sozialdemokraten los. Drohungen wurden laut, wobei Frey und Fischer auf ihre Arsenalgarden, ihre roten Batterien und ihre im geheimen mit Panzerungen ausgestatteten Streikbrecherautos hinviesen. Die kommunistischen Vertreter erklärten, daß sie noch aufzeigen wollen, woher dieser plötzliche Sinneswechsel der Stützen der Revolution in Deutschösterreich herrührt.

Wir enthalten uns des Kommentares.

Kabinettsrat. — Die nächste Beratung im Parlamente.

Heute nachmittag fand ein Kabinettsrat statt unter Vorsitz des Vizefanzlers Fink, der von einem kurzen Aufenthalt in Vorarlberg nach 47stündiger Bahnfahrt in Wien wieder eingetroffen ist.

Nach den in Wien eingelangten Meldungen wird die Ueberreichung des Friedensvertrages in St.-Germain für den Beginn der kommenden Woche erwartet; in diesem Falle wird der Hauptausfluß Mitte nächster Woche, die Nationalversammlung in den letzten Augusttagen wieder zusammentreten.